

Die Wahlkampagne zu den Staatsdumawahlen: Die zweite Etappe

Petuchov, Vladimir Vasil'evic

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Petuchov, V. V. (1999). *Die Wahlkampagne zu den Staatsdumawahlen: Die zweite Etappe*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 48/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48227>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen *Wahlen in Rußland 1999/4*

Nr. 48/1999

12. November 1999

Die Wahlkampagne zu den Staatsdumawahlen

Die zweite Etappe

Zusammenfassung

Am 4. November wurde die Aufstellung der Kandidaten und der Parteilisten beendet. Insgesamt hat die Zentrale Wahlkommission 28 Wahlvereinigungen und 3.000 Direktkandidaten zugelassen. Mit dem Anlaufen des Wahlkampfs wächst auch das Interesse der Wähler. Spitzenreiter bei den Umfragen sind im Moment die Kommunistische Partei und der Block "Vaterland – Ganz Rußland". Die Propaganda der präsidentennahen Medien wendet sich vor allem gegen den letzteren und schreckt dabei auch vor unsauberen Mitteln nicht zurück. "Vaterland – Ganz Rußland", dessen Spitzenkandidat Primakov lange als unumstrittener Anwärter für die Präsidentschaft gehandelt wurde, leidet aber auch unter der wachsenden Popularität des Ministerpräsidenten Putin. Es ist im übrigen typisch, daß Personen, nicht politisch-ideologische Orientierungen im Vordergrund des Wahlkampfs stehen. Die Grenzen zwischen den Anhängern verschiedener Parteien verschwimmen. Die Wahlentscheidung wird immer stärker durch die Popularität des Parteivorsitzenden, den Zugang zu Massenmedien und das Vorhandensein administrativer und finanzieller Ressourcen bestimmt.

Die Vorwahlzeit im Zeichen des neuen Wahlgesetzes

Nachdem die Zentrale Wahlkommission der Rußländischen Föderation am 4. November 1999 offiziell die letzte Gruppe von Parteien und Wahlblöcken registriert hat, ist die erste Etappe der Vorbereitung der Staatsdumawahlen abgeschlossen, in der es vor allem um organisatorische Fragen ging. Insgesamt sind 28 Wahlvereinigungen zu den Wahlen zugelassen – gegenüber 43 bei den Parlamentswahlen 1995. Ferner wurden rund 3.000 Direktkandidaten registriert.

Kandidatenaufstellung, Wahlkampf und die Wahlen selbst werden durch das neue Wahlgesetz geregelt, das weitaus rigider ist als das alte. Aus diesem Grunde sind Wahlvereinigungen und Einzelkandidaten, auch wenn sie alle Etappen der Zulassung bereits durchlaufen haben, und der eigentliche Wahlkampf bereits begonnen hat, nicht sicher davor, aus dem Rennen genommen zu werden. Nach dem neuen Wahlgesetz darf die Registrierung von Parteien und Vereinigungen sowie von Direktkandidaten zu jedem Zeitpunkt der Wahlkampagne und sogar nach den Wahlen annulliert werden, falls ernsthafte Verstöße aufgedeckt werden, etwa unwahre Angaben über die

Vermögensverhältnisse und das Einkommen von Kandidaten, Überschreitung der für den Wahlkampf vorgesehenen Finanzmittel oder die Anwendung gesetzlich verbotener Agitationsformen. Inwieweit die Forderungen des Gesetzes über die Wahlen realisiert werden können, ist schwer einzuschätzen, da schon jetzt erhebliche Mängel des Gesetzes sichtbar werden. Sie machen es den an der Wahl Beteiligten einerseits leicht, viele Bestimmungen zu umgehen, andererseits wird durch formale Auslegung einiger Artikel administrative Willkür möglich, z.B. bei der Auswahl der Massenmedien für die Berichterstattung über die Wahlkampagne.

Trends des laufenden Wahlkampfs

Das allmähliche Anlaufen des Wahlkampfs stimuliert, geht man von Ergebnissen soziologischer Umfragen aus, bei der Bevölkerung ein wachsendes Interesse an der Wahl und eine verstärkte Bereitschaft, daran teilzunehmen. Während im Sommer (Juni 1999) nach Angaben des Russischen Unabhängigen Forschungsinstituts (RUFi, russ.: RNISiNP) nur 54% der Befragten an der Wahl teilnehmen wollten, waren es Anfang Oktober bereits 67%. Lediglich 7% hatten erklärt, unter keinen Umständen wählen zu gehen, 25% hatten sich in bezug auf ihre Wahlteilnahme noch nicht festgelegt. Analoge Ergebnisse kamen bei der Untersuchung des Allrussischen Meinungsforschungszentrums VCIOM heraus, die im Oktober durchgeführt wurde. Bedenkt man, daß der eigentliche Wahlkampf erst jetzt beginnt, ist anzunehmen, daß die Wahlbeteiligung bei der Dezemberwahl nicht unter 60% liegen dürfte. In der jetzigen politischen Situation ist die Frage der Wahlbeteiligung keine technische Frage. Eine hohe bzw. niedrige Beteiligung kann sich auf das Endresultat der Abstimmung auswirken, insbesondere unter dem Aspekt des Einzugs bzw. Scheiterns von Parteien und Vereinigungen, die um das Erreichen der fünf Prozent werden kämpfen müssen.

Insgesamt lassen sich für Oktober eine Reihe von Veränderungen in der Wählergunst feststellen. Aus Tabelle 1 wird deutlich, daß nun die KPRF der "Spitzenreiter" des Wahlkampfs ist, während "Vaterland – Ganz Rußland" auf Platz zwei gefallen ist. Die Zustimmung für "Jabloko" hat sich etwas verringert. Der regierungsfreundlichen Vereinigung "Edinstvo" von S. Šojgu, die Anfang Oktober gegründet wurde, ist es auf Anhieb gelungen, fünf Prozent Unterstützung zu erringen (s. Tab. 1).

Tabelle 1: Anteil der Respondenten, die für bestimmte Wahlvereinigungen (Parteien, Bewegungen)¹ stimmen würden, in %

Wahlvereinigung	RUFi ² 3. Oktober	VCIOM ³ 19. Oktober
KPRF (G. Zjuganov)	18	26
Žirinovskij-Block	4	3
"Unser Haus Rußland" (V. Černomyrdin)	1	2
Interregionale Bewegung "Edinstvo" (S. Šojgu)	–	5
"Jabloko" (G. Javlinskij)	14	11
"Union der rechten Kräfte" (S. Kirienko)	3,5	4
"Vaterland – Ganz Rußland" (E. Primakov, Ju. Lužkov)	25,5	21
Block von A. Nikolaev und S. Fedorov	0,5	1
Frauen Rußlands (A. Fedulova)	–	3
andere	1,5	5
gegen alle	6	3
unentschieden	21	15

Nach Angaben anderer soziologischer Institute ist der Abstand zwischen der KPRF und "Vaterland – Ganz Rußland" allerdings nicht so groß und bewegt sich im Rahmen der statistischen Fehlermarge.

¹ Hier und in den anderen Tabellen werden die führenden politischen Parteien genannt, deren Wählerpotential über 1% liegt.

² Die Umfrage wurde vom RUFi vom 2. bis 5. Oktober 1999 durchgeführt; insgesamt wurden 1.800 Personen befragt.

³ Die Umfrage wurde vom VCIOM vom 15. bis 19. Oktober 1999 durchgeführt; insgesamt wurden 1.600 Personen befragt.

Nach Umfrageergebnissen des Fonds "Öffentliche Meinung" z.B. waren Ende Oktober 19% bereit, für die KPRF zu stimmen, 18% für "Vaterland – Ganz Rußland".

Die Spitzenreiter: KPRF und "Vaterland – Ganz Rußland"

Der Wechsel des Spitzenreiters dürfte in dieser Phase des Wahlkampfs kein Zufall sein. Entgegen den Prognosen vieler hat sich die Spaltung im Lager der KPRF und ihrer Verbündeten (Weggang eines Teils der Agrarpartei zu "Vaterland – Ganz Rußland", autonome Wahlteilnahme der "Bewegung zur Unterstützung der Armee" von V. Iljuchin und A. Makašov sowie zwei weiterer radikal-kommunistischer Gruppierungen) auf das Wählerpotential der KPRF nicht ausgewirkt. De facto hat keine Spaltung der linken Opposition, sondern die Abspaltung eines marginalen Teils radikaler Gruppierungen stattgefunden, für die derzeit nicht mehr als 1,2% der Wähler stimmen würden.

Außerdem ist die KPRF wahrscheinlich zum ersten Mal seit Beginn der neunziger Jahre nicht das Hauptziel der Angriffe sowohl der präsidenten- als auch der regierungsfreundlichen Medien. Diese konzentrieren ihr Feuer gegenwärtig auf die Bewegung "Vaterland – Ganz Rußland". Die Diskreditierungskampagne gegen die ersten drei Kandidaten dieser Wahlliste (E. Primakov, Ju. Lužkov, V. Jakovlev) erreicht ein bisher nicht gekanntes Ausmaß. Besonders tut sich hierbei der führende Fernsehkanal ORT hervor, dessen Aktienkontrollpaket dem Staat gehört, der aber in Wirklichkeit von Boris Berezovskij kontrolliert wird. Im letzten Monat wurden die russischen Zuschauer mit einer ganzen Flut von "Kompromat" – kompromittierenden Materialien – überschüttet, die gegen die Spitzenkandidaten der Bewegung gerichtet waren und von Korruptionsvorwürfen über die Beschuldigung, Attentate auf bekannte Geschäftsleute und Politiker organisiert zu haben, bis hin zu dem Vorwurf reichten, den derzeitigen Regierungsvorsitzenden V. Putin mit einer Verschwörung stürzen zu wollen. Der "Krieg" an der Informationsfront dürfte, wie es scheint, in den nächsten Wochen noch schärfere Formen annehmen. Beispielsweise werden in diesem Wahlkampf zum ersten Mal die Möglichkeiten des globalen Computernetzes genutzt, wenn negative Informationen über bestimmte Parteien oder Kandidaten zunächst im Internet erscheinen und dann von den elektronischen und Druckmedien Rußlands intensiv verbreitet werden. Allerdings ist die gesunkene Wählerpräferenz für "Vaterland – Ganz Rußland" zweifellos zum Teil auch auf das Auftreten der Vereinigung "Edinstvo" ("Medved") zurückzuführen, die einen Teil des Elektorats dieser Bewegung abgeworben hat.

Blick auf die Präsidentenwahlen 2000: Putins Chancen wachsen

Die Hauptursache für die Stagnation der Zustimmungsraten für "Vaterland – Ganz Rußland" dürfte aber in der Person V. Putins liegen, des jetzigen Premierministers. Seit er auf der politischen Bühne Rußlands hervorgetreten ist, entwickelt er sich, obwohl er an den Parlamentswahlen nicht direkt teilnimmt, zunehmend zu einer gesamtnationalen Führungsgestalt und wird zu einem ernsthaften Konkurrenten für Primakov, den Vorsitzenden von "Vaterland". Denn ein großer Teil der russischen Bürger betrachtet die bevorstehenden Parlamentswahlen durch das Prisma der für das Land weit wichtigeren Präsidentenwahlen Rußlands im Jahre 2000. Deswegen stehen die möglichen Bewerber für dieses Amt schon jetzt im Zentrum der Aufmerksamkeit. Noch vor zwei Monaten war E. Primakov der unumstrittene Favorit, während V. Putin als Präsidentschaftskandidat lediglich 1 bis 2% Zustimmung genoß. Heute hingegen hat er E. Primakov nicht nur eingeholt, sondern ihn laut den Untersuchungsergebnissen einiger soziologischer Institute auch überholt. (Nach den Umfrageergebnissen des Fonds "Öffentliche Meinung" hätten Ende Oktober bis zu 26% für Putin und nur 14% für Primakov als Präsidentschaftskandidaten gestimmt.)

Das erfolgreiche Vorgehen V. Putins in Tschetschenien und die Unterstützung, die seine Politik bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung genießt, dürften die wachsende Beliebtheit des derzeitigen Premiers am einfachsten erklären. Die Wähler sehen V. Putin – ebenso wie seinerzeit E. Primakov in diesem Amt – als jemanden, der über den Kämpfen der verschiedenen Elitegruppen und Oligarchen-Clans steht, der fähig ist, die ökonomische und politische Krise wenn schon nicht zu

meistern, so doch zumindest einen neuen "Rubelkrach" wie den im August 1998 zu verhindern. Zudem verkörpern sowohl Putin als auch Primakov, wenngleich der erste in einem höheren Grade, das Bedürfnis der Gesellschaft nach Veränderung, nach Transformation des politischen und Wirtschaftssystems, das sich in den letzten zehn Jahren etabliert hat. Bezeichnenderweise werden Putins Aussichten von der öffentlichen Meinung überhaupt nicht mit dem Schicksal des "Jelzin-Regimes" verknüpft, das auf ein äußerst schmales elektorales Segment bauen kann. Die Tatsache, daß Putin zum offiziellem "Nachfolger" erklärt wurde und aus dem Präsidentenumfeld "stammt", wird von der Bevölkerung ignoriert. Offensichtlich ist dieses Bedürfnis der Öffentlichkeit so groß, daß es diesen Umstand um ein Vielfaches überwiegt.

Grundhaltungen der Wählerschaft – die politischen Unterschiede verschwimmen

Insgesamt ist die angespannte Aufmerksamkeit, die die öffentliche Meinung den führenden Persönlichkeiten – und nicht etwa ihren Ziele und programmatischen Vorgaben – widmet, für das politische Leben Rußlands charakteristisch. Dasselbe ließe sich hinsichtlich der politischen Parteien sagen. Nur für 18% der Bürger Rußlands (nach RUFİ-Angaben) ist die Ähnlichkeit zwischen ihren eigenen Ansichten und den ideologisch-politischen Zielsetzungen einer Partei als Motiv ihrer Präferenz wichtig, während 31% sich ausschließlich vom Vertrauen zu der Führungsspitze einer Bewegung leiten lassen.

Trotz der offenkundigen Deideologisierung in den letzten Jahren bleibt aber eine gewisse Wertdifferenzierung bestehen, die auf die politischen Kräfte und Persönlichkeiten übertragen wird. In der Bevölkerung Rußlands können fünf Wertsegmente unterschieden werden, die über eine statistisch relevante Anzahl von Anhängern verfügen:

6%	Anhänger radikaler marktwirtschaftlicher Reformen
18%	Anhänger der Wiederherstellung von sozialer Gleichheit
20%	Anhänger der Festigung von Stärke und Macht des rußländischen Staates
14%	Verfechter der Menschenrechte und eines demokratischen Entwicklungsweges
7%	Verfechter eines selbständigen russischen Entwicklungsweges
22,8%	andere Strömungen bzw. keine Verfechter irgendeiner ideologisch-politischen Strömung
12,6%	können sich nicht für eine ideologisch-politische Strömung entscheiden

Es fällt auf, daß die grundlegenden Wertsegmente, wenn auch unterschiedlich stark vertreten, in der Wählerschaft aller führenden Wahlvereinigungen präsent sind (s. Tab. 2).

*Tabelle 2: Ideologisch-politische Präferenzen der Anhänger von führenden politischen Wahlvereinigungen, in %**

Grundsatz	Gesamtbevölkerung	Anhänger einer Partei oder Bewegung					
		Vaterland	KPRF	LDPR	Unser Haus Rußland	Jabloko	Union der rechten Kräfte
Durchführung radikaler marktwirtschaftlicher Reformen	5,8	6,2	0,9	6,3	10,0	8,7	27,1
Wiederherstellung von sozialer Gleichheit	17,7	14,0	42,1	10,9	15,0	10,0	10,2
Festigung von Stärke und Macht des rußländischen Staates	20,3	24,9	21,4	26,6	10,0	19,9	10,2
Verteidigung der Menschenrechte und eines demokratischen Entwicklungsweges	14,0	18,7	5,3	10,9	20,0	25,7	16,9
eigenständiger russischer Entwicklungsweg							

lungsweg	6,8	6,5	7,5	10,9	20,0	5,4	6,8
keine Anhänger irgendeiner Richtung	22,8	18,7	11,6	23,4	15,0	17,8	20,3

* Die Tabelle enthält keine Angaben über diejenigen, die sich mit einer Antwort schwertaten.

Anders gesagt: Gegenwärtig relativieren sich die Grenzen zwischen "Linken" und "Rechten", zwischen den verschiedenen Modifikationen von "Zentrismus". So hat zwar die KPRF nach wie vor ein stabiles Elektorat, das sich aber qualitativ deutlich verändert hat und spürbar weniger radikal geworden ist. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Sieg der von der KPRF nominierten Kandidaten bei vielen regionalen Wahlen 1996-1998 gezeigt hat, daß sie eine radikale Veränderung des Wirtschaftskurses gar nicht anstreben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt würden laut den letzten Umfrageergebnissen bei einer hypothetischen Nichtteilnahme der KPRF an den Wahlen ihre Anhänger es viel eher vorziehen, "Vaterland – Ganz Rußland" oder sogar "Jabloko" zu unterstützen als kommunistische Gruppierungen, die radikaler geartet sind als die KPRF. Diese würden dann nicht mehr als ein Sechstel der jetzigen KPRF-Anhänger für sich gewinnen können. Auch die wenig zahlreiche Wählerschaft der "Union der rechten Kräfte" ähnelt den einst sehr engagierten Anhängern der "Demokratischen Wahl Rußlands" von E. Gajdar nicht sonderlich.

Die materielle Lage: Folgen der Augustkrise 1998

Die Werteververschiebung hängt mit den Veränderungen in der Sozialstruktur der Gesellschaft zusammen, die in der letzten Zeit stattgefunden haben, insbesondere nach der Augustkrise 1998. Während sich früher die Gesellschaft recht deutlich in diejenigen teilte, die sich den marktwirtschaftlichen Reformen angepaßt hatten, und diejenigen, denen das nicht gelungen war, und diese Tatsache im wesentlichen die ideologisch-politischen Sympathien prägte, so haben sich diese Grenzen in jüngster Zeit verwischt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, d.h., nachdem die Augustkrise an keiner Gruppe und Schicht der Gesellschaft spurlos vorbeigegangen ist, liegt z.B. der Unterschied beim Pro-Kopf-Einkommen zwischen materiell durchschnittlich gut gestellten, materiell schlecht gestellten und den jenseits der Armutsgrenze lebenden Schichten bei höchstens 30-70 US-Dollar, und die Mehrheit des Elektorats der führenden politischen Parteien bilden nun die materiell relativ schlecht Gestellten, die von der Hand in den Mund, von einem Gehalt zum nächsten leben. Dabei haben die Wähler der LDPR und von "Unser Haus Rußland" ein höheres, die von der KPRF ein geringeres Einkommen (s. Tab. 3).

Tabelle 3: Die Wähler der führenden Wahlvereinigungen nach ihrer materiellen Lage, in %

materielle Lage	Bevölkerung insgesamt	Anhänger einer Partei oder Bewegung					
		Vaterland	KPRF	LDPR	Unser Haus Rußland	Jabloko	Union der rechten Kräfte
1. Sehr gut Gestellte	0,1	–	–	1,6	–	–	1,7
2. Durchschnittlich gut Gestellte	20,8	23,6	11,0	42,2	50,0	24,1	28,8
3. Materiell schlecht Gestellte	55,0	54,3	56,0	40,6	35,0	57,7	59,3
4. Jenseits der Armutsgrenze	21,9	19,2	32,1	12,5	15,0	16,2	10,2

Die ideologische und soziale "Verschwommenheit", die für den derzeitigen Zustand der Gesellschaft charakteristisch ist, fördert die "Abwanderung" der Wähler von einer Partei zur nächsten, was eine Prognose über mögliche Wahlergebnisse ausgesprochen schwierig macht. Der Abbau der Rückstände bei den Renten, von einer Erhöhung schon gar nicht zu sprechen, könnte zu einer Schrumpfung der traditionellen Wählerschaft der Kommunisten (ältere Menschen) führen und umgekehrt den regie-

rungsfreundlichen Wahlvereinigungen zusätzliche Punktgewinne bringen. Den letztgenannten Gruppierungen dürften höchstwahrscheinlich viele potentielle Anhänger aus den Gruppen und Schichten verlorengehen, die an die Mittelschicht angrenzen und seinerzeit, 1995 und insbesondere 1996, in der Hoffnung auf positive Veränderungen im Lande weniger für Jelzin als für die allgemeine Ausrichtung auf Demokratie und marktwirtschaftliche Beziehungen stimmten. Heute ist der Oligarchenkapitalismus, mit direkter Beteiligung des Präsidenten und seiner Umgebung geschaffen, für sie ebensowenig annehmbar wie für die Anhänger der linken Opposition. Es ist kein Zufall, daß heute alle nichtkommunistischen Wahlvereinigungen ("Vaterland – Ganz Rußland", "Unser Haus Rußland", "Jabloko" und "Union der rechten Kräfte") in Opposition zum herrschenden Regime stehen.

Perspektiven des Wahlkampfes

Insgesamt ist festzuhalten, daß diese Wahlen durch eine Krise des bisher bestehenden Mehrparteiensystems in Rußland bestimmt sind. Einerseits hat sich zwar das politische Spektrum etwas vereinfacht und verstetigt, was darin zum Ausdruck kommt, daß sich die Sympathien der Wähler auf eine bestimmte Anzahl von Parteien und Personen konzentrieren, andererseits wird die Entscheidung für eine Partei immer weniger mit den programmatischen Zielsetzungen verknüpft, sondern eher durch indirekte Gründe bestimmt, wie die Unterstützung des Parteivorsitzenden, den Stellenwert in den Massenmedien und das Vorhandensein administrativer und finanzieller Ressourcen, darunter in den Regionen. Der sich von Kampagne zu Kampagne steigende Druck auf die Wähler eröffnet die Möglichkeit für ein Abstimmungsverhalten aus Protest als auch für Manipulationen der öffentlichen Meinung. Ein wichtiger Faktor ist auch der zunehmende Einfluß der Machtministerien, in erster Linie der Armee. Bislang läßt sich kaum abschätzen, ob und wie sich diese Faktoren auf den Verlauf des Wahlkampfes auswirken werden. Eines steht allerdings schon jetzt fest: Bei dieser Wahl wird es extrem hart zugehen.

Vladimir Petuchov

Diese Arbeit ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, hervorgegangen.

Der Verfasser ist Direktor des Zentrums für sozialpolitische Analyse des RUF, Moskau.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Übersetzung: Olga Löwen

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071